Bildungsgipfel – Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

von Manfred Fischer, Berlin, 1.5.2023

Eine „Talkshow ohne Ergebnis“

Kurz vor dem Bildungsgipfel 2023 stellte die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Bettina Stark-Watzinger fest, dass das Bildungssystem in einer „tiefen Krise“ steckt. Sie hatte eine zündende, einmalige Idee: Wir müssen etwas tun – ein Bildungsgipfel muss her – weil die Bildung im Tal ist. Ihre Ziele waren „hoch“ gesteckt: Die Rede war von einer „neuen Kultur der Zusammenarbeit“ aller Verantwortlichen und um auf den Gipfel zu kommen, forderte sie eine „gemeinsame Kraftanstrengung“. Nur zwei der 16 Bildungsministerinnen und -minister sind der Einladung zum „Gipfelsturm“ gefolgt. Genannte Gründe für das Fernbleiben: „Keinerlei inhaltliche Vorbereitung und Abstimmung im Vorfeld“ oder „eine wirkliche Ernsthaftigkeit bei der Problemlösung“ sei nicht zu erkennen.[1]

Rückblick auf die „Gipfelwanderung“ von 2008

Heiko Sakurai, 2008, mit der Beschreibung: „Was der Bildungsgipfel bringen wird“[2]

Auf dem Bildungsgipfel am 22.10.2008 vereinbarten die teilnehmenden Regierungschefs von Bund und Ländern mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel einvernehmlich einen Katalog bildungspolitischer Ziele, die bis 2015 erreicht werden sollten. Daraus einige Vorhaben und Ergebnisse bis heute.

Halbierung der Anzahl der Schulabgänger ohne „Hauptschulabschluss“[3]

Eines der Ziele war, die Quote derer, die in den allgemeinbildenden Schulen den Hauptschulabschluss nicht erreichen, von 8 Prozent auf 4 Prozent zu halbieren. 2015 lag die Quote der Schulabgänger ohne

[1] Tagesspiegel, 14.03.2023, Karin Christmann, Bildungsgipfel – Stark-Watzingers umstrittenes Solo-Programm.
[2] Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung von Heiko Sakurai. Die Karikatur zum ersten Bildungsgipfel 2008 ist heute so treffend wie damals. Zwei waren da!
[3] In beiden Expertisen von 2014 und 2023 verwendet Klemm die Bezeichnung „Hauptschulabschluss“, obwohl in vielen Bundesländern die „Hauptschule“ abgeschafft wurde. Für Berlin ist die Berufsbildungsreife (BBR) ein im Schuljahr 2012/13 eingeführter Schulabschluss, der den bis dahin vergebenen Hauptschulabschluss ersetzt.

Schulabschluss bei 5,9 Prozent. Das Ziel wurde „deutlich verfehlt“, fasste der Bildungsforscher Klaus Klemm in seiner Analyse 2014 zusammen.[4]

Bis zum Jahr 2021 ist die Quote der Schüler, welche die Mindestanforderungen für den Hauptschulabschluss nicht erreichten, auf 6,2 Prozent gestiegen. Das waren 47.590 Schülerinnen und Schüler deutschlandweit.[5] Das bedeutet, dass die Schulen jedes Jahr (!) die Einwohnerzahl einer Kleinstadt entlässt, denen basale Kenntnisse in den Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Mathematik fehlen.

Das „Systemversagen“ sowie das „schulpolitische Scheitern“ wird bei den hohen Zahlen von Schülerinnen und Schülern ohne Schulabschluss besonders deutlich. Deshalb will man in den Bildungsministerien nicht so genau wissen, wie viele Jugendlichen ohne Abschluss die Schulen verlassen – die landeseigenen Zahlen werden „schöngerechnet“.[6] Seit Jahren hält Berlin mit Bremen die „Rote Laterne“, obwohl die Berliner Bildungsverwaltung die Ansprüche an den Schulabschluss gesenkt hat.[7]

Halbierung der Zahl der jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Ein weiteres Ziel auf dem Bildungsgipfel 2008 war die Halbierung der Zahl der jungen Erwachsenen ohne abgeschlossene Berufsausbildung bis zum Jahr 2015 von 17,0 Prozent auf 8,5 Prozent.

Die für 2013 gemessene Quote von 13,8 Prozent bedeutete, dass insgesamt 1,4 Millionen junge Erwachsene im Alter von 20 bis 29 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung hatten und auch nicht mehr dabei waren, einen Berufsausbildungsabschluss zu erwerben. Das Erreichen des Ziels einer Halbierung bis 2015 werde nicht erreicht. (Klemm 2014, S. 9).

Im Jahr 2021 stieg die Quote der ohne Ausbildung verbliebenen jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 29 Jahren deutschlandweit auf 18,1 Prozent. Insgesamt waren das nahezu 1,7 Millionen junge Menschen. Bei den Quoten gibt es große Unterschiede in den Bundesländern. In Berlin war im Jahr 2021 die Quote bei 16,6 Prozent, in Bremen bei 25,3 Prozent in Sachsen bei 11,9 Prozent. (Klemm 2023, Tabelle 9, S. 20). Eine Halbierung der Quote auf 8,5 Prozent der jungen Erwachsenen ohne Ausbildung, so die Vorgabe 2008, wurde bis heute bei weitem nicht erreicht. Ihnen fehlt eine echte berufliche Zukunftsperspektive und die Aussicht auf ein selbstbestimmtes Leben.

Steigerung der Studienanfängerquote

Das Ziel, „die Studienanfängerquote im Bundesdurchschnitt auf 40 Prozent eines Jahrgangs zu steigern“ war bereits 2008, im Jahr des Bildungsgipfels, mit 40,3 Prozent erreicht. Diese Quote wurde in den Folgejahren von Jahr zu Jahr deutlicher übertroffen. Im Jahr 2010 stieg die Quote auf 46 Prozent und 2013 wurde der bisherige Höchstwert von 58,5 Prozent erreicht.[8]

Im Studienjahr 2021/2022 waren 472.354 Studienanfänger[9] an deutschen Hochschulen eingeschrieben, das entspricht einer Anfängerquote von 54,7 Prozent.

Nicht nur für Berlin gilt: Leistungssteigerung durch Niveausenkung

In den Sekundar- und Gemeinschaftsschulen wurden die Hürden in die gymnasialen Oberstufen gesenkt, die Gymnasiallehrer sprechen von erleichterten Abiturprüfungen und alle Lehrkräfte zusammen haben den

---

[4] Klaus Klemm(2014): Bildungsgipfel-Bilanz 2014, Die Umsetzung der Ziele des Dresdner Bildungsgipfels vom 22. Oktober 2008, Herausgeber: DGB Bundesvorstand. Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit, S. 7.
[5] Klaus Klemm (2023): Jugendliche ohne Hauptschulabschluss, Demographische Verknappung und qualifikatorische Vergeudung, März 2023, Bertelsmann Stiftung, Tabelle 2, S. 14.
[6] FAZ, 25.08.2019, Heike Schmoll, Im Schulabbruch liegt Systemversagen.
[7] TSP, 08.05.2014, Susanne Vieth-Entus, Sekundarschulreform: Berlin senkt Ansprüche an den Schulabschluss.
Viele "Hintertürchen" und weichere Zulassungskriterien: Die Berliner Bildungsverwaltung versucht, die Zahl der Schul-Durchfaller zu senken. Die Wirtschaft ist skeptisch und setzt vermehrt auf eigene Aufnahmetests.
[8] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72005/umfrage/entwicklung-der-studienanfaengerquote/
[9] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4907/umfrage/studienanfaenger-in-deutschland-seit-1995/

Eindruck, dass die Bildungsverwaltung ihre Bilanz schönen will. Die Losung der Berliner Schulverwaltung war, dass in den nächsten Jahren „die Abiturientenquote deutlich erhöht werden“ soll.[10]

Eine Auswertung der Abiturdaten in Berlin zeigt für den Zeitraum von 2008 bis 2022 eine Tendenz der Verbesserung der Abiturergebnisse bezogen auf die Parameter „Notenmittel“ und den Anteil der „Einsen“. Die Prozentzahl der „nicht bestandenen Prüfungen“ wurde immer geringer, mit einer Abweichung im Jahr 2017.

	Abiturdaten für Berlin						
Abiturjahrgang	2008	2010	2012	2015	2017	2020	2022
Anz. der Abi-Prüfungen	14.709	13.614	18.695	16.501	18.510	14.371	14.644
-bestanden	13.818	12.955	17.965	15.876	17.402	13.866	14.128
-nicht bestanden, absolut	891	659	730	625	1.108	505	516
-nicht bestanden in %	6,1	4,08	3,9	3,8	6,0	3,5	3,5
Notenmittel	2,54	2,48	2,4	2,39	2,41	2,35	2,22
Note 1,0, Häufigkeit	0,64%=88,4	0,96%=130	1,3%=233,54	252	301	337	583
Daten aus: Abiturnoten (kmk.org) im Ländervergleich (KMK), Zusammenstellung: Schulforum-Berlin							

Die entstandene Situation durch die politisch gewollte „Erhöhung der Abiturientenquote“ und die damit einhergehende „Senkung des Niveaus“ macht der Berliner Gymnasiallehrer Thilo Steinkrauß deutlich: „Die Universitäten werden von 1,0-Abiturient(inn)en bestürmt, müssen aber gleichzeitig mehr Brückenkurse anbieten, als Berlin Brücken hat (und Berlin hat mehr Brücken als Venedig), um die angehenden Studierenden überhaupt erst studierfähig zu machen. Um nicht erst von Studierenden und dann vom Finanzsenator gemieden zu werden, werden auch an der Hochschule Anforderungen massiv gesenkt.“[11]

Studienanfängerquote heißt nicht Studienabschlussquote

Insgesamt haben 28 Prozent der Bachelor-Studierenden der Anfangsjahrgänge 2016 und 2017 sowie 21 Prozent der Master-Studierenden des Anfangsjahrgangs 2018 ihr Studium abgebrochen. Überdurchschnittlich hoch fällt die Abbruchquote im universitären Bachelorstudium in den Geisteswissenschaften (49%) sowie in Mathematik und Naturwissenschaften (50%) aus.[12]

30 Prozent aller Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher nennen unbewältigte Leistungsanforderungen im Studium als Ausschlag gebend für den Studienabbruch.

Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP)

Im Jahr 2005 entsprach das Bildungsbudget 6,3 Prozent des BIP, 2010 lag der Anteil bei 6,8 Prozent und 2019 bei 6,6 Prozent des BIP.

Trotz der Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Forschung hat sich das Bildungsbudget, bezogen auf die wirtschaftliche Entwicklung, kaum verändert: „Seit mehr als zwei Jahrzehnten entsprechen die Bildungsausgaben sechs bis sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).“[13]

Dass das deutsche Bildungssystem bis heute – auch im internationalen Vergleich – unterfinanziert ist, wird auch durch die Dokumentation des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages deutlich.

---

[10] Ergebnisse der BERLIN Studie, S. 470, siehe auch: Schulforum-Berlin: Bilanz nach 10 Jahren Reform der Berliner Schulstruktur

[11] https://www.tagesspiegel.de/berlin/downloads/gedankenzumabitur2016, Thilo Steinkrauß, Fachbereichsleiter Mathematik am Herder-Gymnasium in Westend, Berlin; siehe auch: https://www.tagesspiegel.de/berlin/abi-in-berlin-mathe-zu-leicht-bio-zu-wirr-3728344.html

[12] Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung GmbH (DZHW), Daten siehe: DZHW-Brief 05|2022 - Die Entwicklung der Studienabbruchquoten in Deutschland

[13] Bundeszentrale für politische Bildung, Bildungsausgaben, https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61681/bildungsausgaben/
Statistisches Bundesamt: Bildungsausgaben – Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2011/2012 und 2018/2019; GENESIS-Online: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2010 bis 2019.

Basierend auf dem Finanzierungsanteil von öffentlichen Bildungsausgaben bewegt sich Deutschland seit Jahren „im unteren Drittel sowohl gemessen an der Einwohneranzahl als auch gemessen am BIP“.[14]

Die gesteckten Ziele beim Bildungsgipfel vom 22.10.2008 wurden bis heute allesamt „deutlich verfehlt“! So schrieben die Sozialpartner DGB und BDA in einer gemeinsamen Stellungnahme am 13.03.2023: „Von der `Bildungsrepublik Deutschland´, die bereits 2008 von der Bundeskanzlerin und den Ländern ausgerufen worden ist, sind wir 15 Jahre später immer noch meilenweit entfernt.“[15]

„Reformprozesses im Bildungswesen“ nach den Vorgaben der „Bildungs“-Stiftungen

Wie aus einer Pressemitteilung[16] vom 14.03.2023 zu entnehmen ist, appelliert ein „breiter Kreis aus [17] Stiftungen, Verbänden und Gewerkschaften an den Bundeskanzler und die Regierungschef:innen der Länder, mit einem Nationalen Bildungsgipfel einen grundlegenden Reformprozess im Bildungswesen einzuleiten.“ Die Initiatoren des Appells waren die Bertelsmann Stiftung, Deutsche Telekom Stiftung, Karg-Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Vodafone Stiftung Deutschland sowie die Wübben Stiftung.[17] Die Akteure sind meinungsstarke und kapitalkräftige Stiftungen, deren Aktivitäten Christian Füller im „Tagesspiegel“ so überschreibt: Bildungs-Stiftungen planen den „Systemwechsel“.[18]

Betrachtet man die mit den Stiftungen verbundenen Konzerne sowie deren Aktivitäten untereinander genauer, entdeckt man ein „perfektes Zusammenspiel“.[19] Die Stiftungen öffnen durch ihre Medienpräsenz und die sich wiederholenden „Botschaften“, „öffentlichkeitswirksamen Studien“ und „Handlungsempfehlungen“ sowie durch das „Anprangern von Missständen“ die Türen für das milliardenschwere Bildungs- und Testgeschäft[20] der Unternehmen. In den „technologiebasierten Innovationen“ für Lernen, Unterricht und Schule, die Technologien wie „Machine Learning, Educational Data Mining oder Learning Analytics“ nutzen, liegt nicht, wie die Akteure behaupten, verheißungsvoll die Lösung, sondern oft das Problem! Der Einsatz dieser Technologien soll das Bildungssystem „revolutionieren“.

Von den Stiftungen wird vordergründig und vermeintlich selbstlos in ihren „Botschaften“ hervorgehoben, sich für den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler, für Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit einzusetzen, und den Lehr- und Fachkräften im Bildungsbereich wird versprochen, sie für wichtige pädagogische Aufgaben zu entlasten. Es geht jedoch den Stiftungs-Akteuren darum, die „digitalen Bildungskonzepte“ der Stiftungen gewinnbringend für die Unternehmen an unseren Kitas und Schulen umzusetzen – ganz ohne demokratische Kontrolle und öffentliche und fachwissenschaftliche Diskussion.[21] Euphemistisch schreiben die Initiatoren in ihrem Appell, dass auf dem von ihnen eingeforderten „Nationalen Bildungsgipfel“ neben dem Bundeskanzler „alle relevanten Akteure“ vertreten sein sollen. Festzuhalten ist: Nur ein ergebnisoffener Dialog auf Augenhöhe, ohne interessenbezogene Auswahl von Experten und Teilnehmern könnte zielführend sein. Jedoch eine entgegengesetzte, verschleiernde Vorgehensweise wurde z.B. bei der Trend-Studie "KI@Schule“ im Auftrag der Deutschen Telekom Stiftung praktiziert. Dort wurde die Auswahl der Experten und Teilnehmer mit dem Auftraggeber abgestimmt![22] Auch ein Austausch in „gesamtgesellschaftlicher Verantwortung“ wäre

---

[14] Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Dokumentation WD 8 - 3000 - 078/22, Abb. 3, S. 9.
[15] Gemeinsame Stellungnahme von DGB und BDA zum "Bildungsgipfel" der Bundesregierung am 14. März 2023,
[16] Siehe Pressemitteilung der Bertelsmann-Stiftung vom 14.03.2023
[17] Annina Förschler (2018): „Das ‚Who is who?‘ der deutschen Bildungs-Digitalisierungsagenda – eine kritische Politiknetzwerk-Analyse“. In: Pädagogische Korrespondenz, 58/18: S. 31-52.
[18] TSP, 16.09.2019, Christian Füller, „Schul-Digital-Pakt: Bildungs-Stiftungen planen den „Systemwechsel“.
[19] GEW Landesverband Hamburg, 19.07.2016, „Perfektes Zusammenspiel.“ Das Vorgehen der Bertelsmann Stiftung passt perfekt in die Strategie des gleichnamigen Konzerns: Das Bildungsgeschäft ist seine neue „Cash-Kuh“.
[20] TSP, 20.10.2016, Tilmann Warnecke, Anja Kühne, „Bertelsmann-Stiftung: Bildung ist ihr Geschäft.“ Die Bertelsmann-Stiftung prangert regelmäßig Missstände im deutschen Schulwesen an. Das müsste Lehrergewerkschaft und -verbänden eigentlich recht sein. Ist es aber nicht.
[21] Lieb, Wolfgang, 21.11.2012, NachDenkSeiten: „Herrschaft durch Meinungsmache? – Einfluss und Interesse des Bertelsmann-Konzerns an der Ökonomisierung des Bildungssystems.“
[22] Von den zwanzig ausgesuchten Teilnehmern kamen sieben von der „Deutschen Telekom“ oder deren Stiftung. Nur eine Teilnehmerin kam aus der Schulverwaltung. (S. 58)

zu begrüßen, doch die Akteure haben schon längst die Steuerung des „Reformprozesses“ im Bildungsbereich übernommen![23] Deutlich wird dies auch in einem Interview im Tagesspiegel. Beim geforderten Nationalen Bildungsgipfel setzt der Vorsitzende der Deutschen Telekom Stiftung Thomas de Maizière nur auf eine „öffentliche Begleitung“ und darauf, dass man sich „informell miteinander“ austauscht.[24]

Die Akteure schreiben auf der website des „Forum Bildung Digitalisierung“, einem Netzwerk, in dem die meisten Initiatoren des Appells vereint sind: „Auf politischer Ebene war insbesondere die Übernahme zahlreicher Positionen des Forums in der ergänzenden Empfehlung `Lehren und Lernen´ zur Strategie `Bildung in der digitalen Welt´ der Kultusministerkonferenz (KMK) ein großer Erfolg.“[25] Um die Quellen zu verschleiern, macht die KMK in ihrem Bericht[26] keine Angaben zu den Autoren! So ist auch in dem oben genannten Interview nicht verwunderlich, dass der Vorsitzende der Deutschen Telekom Stiftung von Lob und Anerkennung gegenüber der KMK spricht, da sich die KMK durch „externe Beratung“ selbst auf den „Prüfstand“ stelle.

Der geforderte „grundlegende Reformprozess im Bildungswesen“ ist von den Stiftungen längst vorformuliert, ein „Neustart in der Bildung“ durch eine „digitale Transformation und systemische Veränderungen im Bildungsbereich“ längst beschlossene Sache. Die Frage stellt sich: Wem nutzt es?

Von der Bedeutung im Bildungsprozess von „sinnstiftendem Lernen in tragfähigen Beziehungen“, „wirklichen Lernzeiten in der Klassengemeinschaft“, der „Weltdeutung der Kinder und ihrer Familien“[27] sowie über den Erwerb der Fähigkeiten wie Anstrengungsbereitschaft, Konzentration, Kreativität, Mitgefühl ist keine Rede. Dies sind aber die Grundlagen auf dem Weg hin zu einer wirklichen Bildung. Den positiv besetzten Begriff „Bildung“ nutzen die Akteure 32mal in dem zweiseitigen Appell. Das kann vordergründig beeindrucken, eine inhaltliche Auseinandersetzung wird jedoch vermieden! Die „Bildungs“-Stiftungen sind auch hier Meister im Verschleiern ihrer wirklichen Absichten – denn „Bildung“ ist ihr Geschäft.

Bei den bildungspolitisch Verantwortlichen in Bund und Ländern ist „keine Ernsthaftigkeit bei der Problemlösung“ in Schule und Bildung zu erkennen, bemerkt Sachsens Kultusminister Christian Piwarz. Einige verlieren sich in „persönlichen Profilierungsversuchen“, so die zum Bildungsgipfel noch amtierende KMK-Präsidentin, Astrid-Sabine Busse. Sie alle werden ihren gesellschaftlichen Verpflichtungen nicht gerecht! Das Wohl der Kinder, der Schülerinnen und Schüler, der Lehr- und Fachkräfte haben sie seit Jahren allesamt aus dem Auge verloren. Den Verheißungen und den ökonomischen Vorstellungen der „Bildungs“-Stiftungen oder deren Protagonisten jedoch jetzt blind zu folgen, ist nicht die Lösung! Es geht um die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen und nicht um die Umsetzung der Interessen der international agierenden Education Technology-Unternehmen.

Manfred Fischer war vor der Pensionierung Lehrer und Fachbereichsleiter für IT-Systeme an einem Oberstufenzentrum in Berlin

---

Siehe dazu auch die Kurzfassung der Studie: Künstliche Intelligenz in der Schule? | Schulforum-Berlin

[23] Siehe dazu eine Kurzfassung: Kritische Anmerkungen zu den Vorstellungen der Kultusministerkonferenz zum „Lehren und Lernen in der digitalen Welt“.

[24] TSP, 24.04.2023, Interview mit Thomas de Maizière: „Es ist höchste Zeit, das Bildungssystem zu ändern“ von Susanne Vieth-Entus und Tilmann Warnecke.

[25] Forum Bildung Digitalisierung, Jahresbericht 2021 (Zugriff: 10.04.2023)

[26] https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2021/2021_12_09-Lehren-und-Lernen-Digi.pdf

[27] Siehe dazu: FAZ, 13.04.2023, „Messen macht noch keine Bildung“ oder „Offener Brief von Bildungswissenschaftler:innen und Fachdidaktiker:innen an die KMK gegen eine Verengung des Bildungsdiskurses“